

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Richard Schönbach  
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft  
Königsplatz 10, Dresden

Druck: Dr. Richard Schönbach & Co.  
Königsplatz 10, Dresden

Druck: Dr. Richard Schönbach & Co.  
Königsplatz 10, Dresden

## Weltwirtschaftskonferenz im Februar 1933

### Auch Danzig und Rußland eingeladen

Genf, 3. Okt. Das mit der Organisation der Weltwirtschaftskonferenz beauftragte Komitee beschloß, daß die Weltwirtschaftskonferenz in London stattfinden und zu Beginn des kommenden Jahres zusammentreten soll. Das genaue Datum der Konferenz steht jedoch noch nicht fest. Am 11. Oktober wird der vorbereitende Sachverständigen-Ausschuß in Genf zusammentreten, in dem Deutschland durch Reichswirtschaftsminister Brüning und Dr. Vogt vertreten ist. Während der außerordentlichen Tagung der Völkerbundversammlung im November wird das Komitee das Datum der Konferenz endgültig festlegen. Man spricht davon, daß die Konferenz am 1. oder 20. Februar nächsten Jahres zusammentreten soll.

Der vom Völkerbundrat eingesetzte engere Ausschuss für die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz hat unter anderem beschlossen, außer den zu der Weltwirtschaftskonferenz bereits eingeladenen Mittelmeerstaaten des Völkerbundes und den Vereinigten Staaten noch folgende Mächte zur Teilnahme an der Londoner Weltwirtschaftskonferenz einzuladen: Afghanistan, Brasilien, Kuba, die Freie Stadt Danzig, Ägypten, Ecuador, Libanon, Island und Sowjetrußland.

### Der französische Einfluss im Völkerbundrat

Genf, 3. Okt. Die Vollversammlung des Völkerbundes wählte, wie bereits kurz gemeldet, Montag nachmittag in geheimer Wahl an Stelle der drei aus dem Völkerbundrat ausscheidenden Mächte Dänemark, Polen und Peru von neuem Polen mit 48 Stimmen, die Tschechoslowakei und Mexiko mit je 46 Stimmen von 52 Stimmen in den Völkerbundrat. Somit haben von sämtlichen Völkerbundmächten nur vier Staaten gegen die Wiederwahl Polens in den Völkerbundrat gestimmt. Damit sind zwei slavische Staaten jetzt in den Völkerbundrat gewählt worden, während nach früheren Gepflogenheiten stets ein Vertreter der skandinavischen Mächte oder ein Vertreter der kleineren Staaten in den Völkerbundrat gewählt wurde. Die Wahlwahlen bedeuten eine wesentliche Stärkung des französischen Einflusses im Völkerbundrat. In Konferenzkreisen wird lebhaft erörtert, wer die vier Mächte sind, die gegen Polen gestimmt haben.

In einer Arena geheimen Stuhls vertrat der Völkerbundrat über die Ernennung des neuen Danziger Völkerbundkommissars und über den Zeitpunkt für die Ernennung des Generalsekretärs des Völkerbundes. Beide Fragen wurden ohne Entscheidung ver-

schoben. Die Ernennung des Danziger Völkerbundkommissars steht auf große Schwierigkeiten; obwohl täglich neue Kandidaten ausfinden, konnte bisher keine Einigung zwischen den interessierten Mächten erzielt werden. Im Hinblick auf diese Schwierigkeiten sind jetzt Bestrebungen im Gange, einen vorläufigen Völkerbundkommissar zu ernennen, der sein Amt jedoch nur wenige Monate bis zur endgültigen Ernennung des Völkerbundkommissars innehaben soll.

### Ein Erfolg de Valeras

Englands Generalgouverneur in Irland zurückgetreten.

London, 3. Okt. Der Generalgouverneur von Irland, James Mac Neill, ist infolge Meinungsverschiedenheiten mit dem irischen Ministerpräsidenten de Valera zurückgetreten.

Nach einer dreitägigen Audienz Mac Neills beim englischen König wurde amtlich mitgeteilt, daß der König, dem Erlauchen de Valeras folgend, den Mac Neill als Generalgouverneur von Irland bestätigt habe. Die Pflichten des Generalgouverneurs werden von einem aus drei Richtern, einschließlich des obersten Richters, bestehenden Ausschuss übernommen werden, und zwar bis zur Ernennung eines Nachfolgers, „wenn überhaupt“. Die Worte „wenn überhaupt“ werden von der Presse dahin ausgelegt, daß Irland wahrscheinlich überhaupt keinen Generalgouverneur mehr bekommen werde. Die Zeitungen weisen auf den Wunsch de Valeras hin, die Stelle des Generalgouverneurs mit seiner eigenen Stellung zu vereinigen.

Das Vorgehen des englischen Königs gegenüber Mac Neill steht in Übereinstimmung mit den auf der Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1930 gefassten Entschlüsse, wonach sowohl die Ernennung als die Abberufung eines Gouverneurs vom Ministerpräsidenten der Dominions vorgeschlagen werden kann.

Die Angelegenheit Mac Neill hatte bereits vor einigen Monaten großes Aufsehen erregt. Mac Neill beklagte sich damals über die Unhöflichkeit zweier irischer Minister, die bei einer Abendveranstaltung im französischen Konsulat in Dublin das Gebäude ostentativ verlassen, als Mac Neill eingetroffen war. Dieser und ähnliche Vorfälle gaben Anlaß zu einem ausgebreiteten Briefwechsel zwischen dem Gouverneur und de Valera, der mit der Rücktrittsandrohung Mac Neills endete. Mac Neill hatte damals trotz gegenteiliger Anweisung de Valeras den Briefwechsel veröffentlicht.

### Die überflüssigste Partei

Die Öffentlichkeit hat nicht viel Notiz davon genommen, daß gegenwärtig in Basel wieder einmal der Europa-Kongress der Panuropa-Union tagt, die bekanntlich den Zweck hat, für die Gründung eines europäischen Staatenbundes nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu werben. Augenscheinlich ist die Zeit auch solchen Bestrebungen wenig günstig. Europas Staatsmänner und Politiker haben den Kopf so voll von häuslichen Sorgen, daß sie damit auf unabsehbare Zeit überbeschäftigt sind. Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise, die noch immer ungeklärte Frage der Regelung der zwischenstaatlichen Schulden, schließlich die Probleme der Abrüstung und der Gleichberechtigung, an sich einladend zu lösen, wenn Frankreich und seine Vasallen guten Willens wären, und nicht zuletzt der allerschwerere gewordenen Völkerbund sind gegenwärtig die drängenden Themen der europäischen Tagespolitik. Kein Wunder also, daß der Paneuropagedanke stärker in den Hintergrund getreten ist als je. Auch wenn sich diesmal wieder in Basel zahlreiche Politiker der verschiedenen europäischen Einparteiern eingefunden haben, darunter zahlreiche ehemalige Minister, die ihr paneuropäisches Herz, hauptsächlich soweit sie der französischen Staatengruppe angehören, mit Vorliebe durch Worte statt durch Taten offenbaren, so kann doch nichts darüber hinwegtäuschen, daß die Vereinigten Staaten von Europa heute das am wenigsten aktuelle Problem der Tagespolitik sind. Das Gefühl, daß man diesem Uebelstand durch eine neue Sentation abhelfen müsse, hat wohl den Begründer der Panuropa-Union, den betriebsamen Grafen H. R. Goudenhove-Kalergi, veranlaßt, auf dem Baseler Kongress die „Europäische Partei“ zu gründen. Wie sich das für jede gute Partei-Gründung gehört, wird auch sofort ein flammender Aufruf und ein Programm veröffentlicht. Der Aufruf läßt sich in Anknüpfung an ein berühmtes Marxwort bei der Gründung der sozialistischen Internationale in den primitiven Satz zusammenfassen: Europäer aller Länder, vereinigt euch! Im einzelnen will die neue Partei eine große Einheitsfront gegen Völkerkrieg und Bürgerkrieg schaffen, sie bezeichnet sich als Partei des 20. Jahrhunderts und der europäischen Jugend, ihr unverrückbares Ziel sollen natürlich die Vereinigten Staaten von Europa sein, ohne Zollschranken und ohne Arbeitslosigkeit. Am Schluß wird ausdrücklich mitgeteilt, daß die Mobilisierung der europäischen Front in allen Teilen begonnen habe.

Man muß sich zunächst einmal, ungerührt von dem so schönem Wunsche, die einer näheren Prüfung noch dringend bedürfen, fragen, welchen Zweck und welchen Sinn die „Europäische Partei“ haben soll. Zweifellos soll sie, wie wir bereits angedeutet haben, sensationell wirken, ein Panarüstos sein, der die öffentliche Meinung etwas mehr auf den Baseler Kongress aufmerksam macht. Aber das wäre Wirkung für einen Tag. Also kann es sich in der Hauptsache nur um den Versuch handeln, die Paneuropade in Zukunft mit parteimäßigen Mitteln stärker zu propagieren. Goudenhove und seine Anhänger wollen also bewußt auf den überparteilichen Charakter ihrer Bewegung verzichten und Partei unter Parteien werden. Denn sonst könnte ihnen ja ihre Paneuropade völlig genügen. Das bedeutet also, wenn die Neugründung überhaupt einen Sinn haben soll, daß in einer Zeit in allen europäischen Ländern, in denen Goudenhove Anhänger besitzt, eine politische Gruppe in die Öffentlichkeit tritt, die in Konkurrenz mit den anderen Parteien parlamentarisches zu erwerben trachtet. Ein interessantes Experiment insofern, als sich dann erweisen müßte, wie stark der Wunsch nach Panuropa in den einzelnen Staaten ist. Aber auch ein sinnloses Experiment! Denn in fast allen Staaten sind die Wahlen von innerpolitischen Gesichtspunkten beherrscht, die dem Wähler meist viel näher liegen werden, als irgendeine noch so schön klingende Utopie. Außerdem wird zweifellos in der Praxis schon die Paneuropade Partei den Wettbewerb mit alteingefahrenen Parteien nicht bestehen können, weil letztere mit den besonderen nationalen Bedürfnissen, die nun einmal in jedem Volke verschieden sind, viel vertrauter sind, als es je eine Partei sein kann, deren Programm auf industrielle westeuropäische und agrarische südosteuropäische, auf kulturell fortgeschrittene und primitivere Völker Eindruck machen soll. Dazu kommt, daß die Träger des Paneuropagedankens, die sozialistischen und demokratischen Parteien in den einzelnen Ländern, nicht im geringsten daran denken, ihre parteipolitische Existenz aufzugeben. Am allerwenigsten werden sich hierzu die Parteien der sozialistischen Internationale bereitfinden. So wird die neue Partei sich in allen Ländern auf einen kleinen Kreis entwürfelter Literaten und politisierender Intellektueller sozialistischer Richtung beschränken, die auf dem Absatz und in gewissen Fällen der europäischen Hauptstädte von jeder ihr ebenso bedeutungslos wie nichtigkeitslos Gedaren entfallen. Die Europäische Partei ist eine noch viel größere Utopie, als das Panische Gebilde der Vereinigten Staaten von Europa selbst.

Wirtschaftspolitisch liegt dem Programm der Partei der Gedanke zugrunde, durch Niederbrechung aller Zollschranken ein großes, einheitliches Wirtschaftsgebiet zu bilden, das parallel zu den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die wirtschaftlichen Kräfte Europas durch

## Die „Zeno“ greift in Hamburg ein

### Schwierige Lage im Verkehrsstreik

Hamburg, 3. Okt. Die Lage im Hamburger Verkehrsstreik hat sich infolgedessen geändert, als noch im Laufe des Montags die Technische Nothilfe mit etwa 80 bis 70 Mann auf den Strecken der Waldhöfer und Langenhörner Bahn eingesetzt werden wird. Der Betrieb wird wahrscheinlich vom Dienstag früh an durchgeföhrt werden. Zum Scheitern der Verhandlungen, die von der Streikleitung mit den Hochbahnern über die Streikleitung, daß sie bemüht gewesen sei, das notwendige Personal für den Notbetrieb aufzubringen. Es hätten sich jedoch zu wenig Leute gemeldet. Das Personal sei wahrscheinlich durch kommunistische Drohungen abgelenkt worden, wonach besondere Terrorabteilungen die Hochbahn mit Gewalt an der Ausführung des Notverkehrs hindern wollten.

Die am Montagnachmittag geföhrt Nachverhandlungen sind ergebnislos geblieben. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Reichsarbeitsminister.

### Ende des Berliner Transportarbeiterstreiks

Berlin, 3. Oktober. Im Lohnstreik im Berliner Möbeltransportgewerbe wurde am Montagnachmittag ein Schlichterspruch gefällt, der den bisherigen Mantel- und Lohnstreik bis zum 28. Februar 1933 verlängert. Die Arbeitnehmer erklärten sich mit 494 gegen 196 Stimmen mit dem Schlichterspruch einverstanden. Der Streik ist damit beendet.

### Verbot der bargeldlosen Arbeitsgemeinschaften

Berlin, 3. Okt. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat Dr. Brüning unter dem 27. September einen Erlass über bargeldlose Arbeitsgemeinschaften herausgegeben, der sich gegen die Versuche richtet, durch Schaffung sogenannter Arbeitsgemeinschaften oder unter Mithilfe besonderer Arbeitsgemeinschaften (Arbeitsgemeinschaften) einen besonderen Zahlungsverkehr ins Leben zu rufen. Ein solches Verfahren heißt es in dem Erlass, begreift schwerwiegenden Gefahren. Es handelt sich um eine neue Art der Geldschöpfung, die ernste währungsrechtliche und kreditpolitische Gefahren in sich schließt. Soweit an solchen Verfahren Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligt sein sollten, soll diese Beteiligung sofort aufgegeben werden.

### Belgische Eisenbahnstränge für Deutschland

Dafür Herabsetzung des deutschen Kohlenkontingents

Brüssel, 3. Okt. Die Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der belgischen Regierung über die Kohlenkontingente haben, wie die Agentur Belga meldet, zu einem Abkommen auf folgenden Grundlagen geföhrt: Im Monat Oktober wird die Einfuhr auf 47 Prozent der während der Vergleichszeit im Monatsdurchschnitt eingeföhrt Menge herabgesetzt. Wenn jedoch in diesem gleichen Monat ein Viertel der Reserven aus dem Kohlenbestand besteht, so wird das Kontingent auf 70,5 Prozent erhöht. Deutschland erhält als Kompensation Aufträge der belgischen Staatsbahngesellschaft.

### Neurath erscheint nicht vor dem Auswahlschuss

Berlin, 3. Oktober. Wie das Nachrichtenbüro des Reichspräsidenten hat vor der Einberufung des Auswahlschusses ein Briefwechsel zwischen dem auswärtigen Ausschusses und dem Reichsaussenminister Dr. Brüning stattgefunden. Dr. Brüning hat dem Minister seine Absicht mitgeteilt, den Ausschuss für den 11. Oktober einzuberufen und gefragt, ob der Minister bereit sei, in der Ausschussung zu erscheinen. Er hatte geantwortet, er könne sich vorstellen, daß die Reichsregierung selbst im Hinblick auf die schwierige außenpolitische Lage des Reiches Wert darauf lege, mit dem auswärtigen Ausschuss in Verbindung zu treten und womöglich eine Stütze für ihre Politik zu finden.

Reichsaussenminister Freiherr von Neurath hat darauf mit einem Schreiben geantwortet, in dem es heißt: Einen politischen Gedankenaustausch zwischen der Reichsregierung und dem auswärtigen Ausschuss will ich keineswegs in Abrede stellen. Zu meinem Bedauern bin ich jedoch nicht in der Lage, vor dem auswärtigen Ausschuss zu erscheinen, solange nicht die Ihnen bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstages geregelt ist. Was den von Ihnen in Aussicht genommenen Termin betrifft, so darf ich ergehen darauf hinweisen, daß die Völkerbundversammlung voraussichtlich am 11. Oktober noch nicht abgeklungen ist, so daß, voraussetzung des prinzipiellen Frage geregelt wird, die Einberufung des Termins zu empfehlen wäre. Dr. Brüning hat daraufhin, wie bereits mitgeteilt, den Ausschuss trotzdem für den 11. Oktober einberufen.

1. 10, 20, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000